

**Beschlussvorlage**

vom 22.10.2018

öffentliche Sitzung

**Stellenplanauswirkungen 2019;  
Allgemeine Verwaltung**

**Beratungsreihenfolge**

Datum	Gremium
14.11.2018	Ausschuss für Personal und Informationstechnik
29.11.2018	Städteregionsausschuss
13.12.2018	Städteregionstag

**Beschlussvorschlag:**

Der Städteregionstag stimmt der Erhöhung des Stellenplanes 2019 im Bereich der allgemeinen Verwaltung um 7 Stellen zu.

**Sachlage:**

Im Rahmen der Fortschreibung des Stellenplanes ist es Aufgabe der Verwaltung, die zur Aufgabenerfüllung notwendigen und seitens der Städteregionsvertretung beschlossenen Stellenmehrbedarfe zu ermitteln sowie evtl. Stelleneinsparungen aufgrund Aufgabenwegfalls oder organisatorischer Maßnahmen umzusetzen.

Der Stellenmehrbedarf für den Stellenplan 2019 stellt sich im Bereich der Allgemeinen Verwaltung wie folgt dar:

1. Stellenmehrbedarf auf der Grundlage der bislang im Jahr 2018 getroffenen Beschlüsse des Städteregionstages bzw. Städteregionsausschusses  
– siehe Anlage –

**+ 24,5 Stellen**

2. Stellenabbau aufgrund der Auflösung des A 54 / Amt für Altenarbeit im Rahmen der Gründung der BZPG GmbH – Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit GmbH – 0,5 Stellenanteil verbleibt für Restaufgaben des Amtes, die zukünftig im Bereich des A 50 / Amt für soziale Angelegenheiten wahrgenommen werden.

– 17,5 Stellen

Im Stellenplan 2019 sind somit insgesamt 7 zusätzliche Stellen für den Bereich der allgemeinen Verwaltung erforderlich.

**Rechtslage:**

Gemäß § 26 Abs. 1 Satz 2 Buchst. g) KrO ist der Städteregionstag für den Erlass des Stellenplans zuständig.

**Personelle Auswirkungen:**

Durch den vorgeschlagenen Beschluss unmittelbar keine.

**Finanzielle/bilanzielle Auswirkungen:**

Im Entwurf des Haushaltes 2019 sind für die Stelleneinrichtungen zusätzliche Personalkosten veranschlagt.

In Vertretung:

gez.: Hartmann

**Anlage:**

Stellenmehrbedarf auf der Grundlage getroffener Beschlüsse